Medienkonferenz vom 14. Oktober 2013

**Höhere Familienzulagen: Zielgerichtet und wirksam**

**Familien haben deutlich weniger Mittel zur Verfügung als vergleichbare Haushalte ohne Kinder. Bei bescheidenen Einkommen ist die Differenz zwischen Haushalten mit und ohne Kinder weiter angestiegen. Um hier einen Ausgleich zu schaffen, tut eine Erhöhung der Familienzulagen not. Im Gegensatz zu Steuerabzügen helfen Familienzulagen zielgerichtet den tiefen und mittleren Einkommensgruppen. Anstelle der SVP-Initiative sollen deshalb die Zulagen um 60 Franken erhöht werden. Mittelfristig sind für Travail.Suisse Kinderzulagen von mindestens 350 Franken und Ausbildungszulagen von mindestens 500 Franken nötig.**

*Matthias Kuert Killer, Leiter Sozialpolitik*

Dank dem Einsatz von Travail.Suisse konnten in den letzten Jahren Teilerfolge beim Ausgleich der finanziellen Belastung durch Kinder erzielt werden. So wurde ein schweizerischer Minimalansatz von 200 Franken (Kinderzulagen) bzw. 250 Franken (Ausbildungszulagen) eingeführt. Seit diesem Jahr erhalten in der ganzen Schweiz zudem auch Kinder von Selbständig erwerbenden die selben Zulagen.

**Familien finanziell benachteiligt**

Diese Fortschritte dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass die hohe finanzielle Belastung der Familien zu wenig abgegolten wird. Die direkten Kinderkosten betragen in der Schweiz in einem Paarhaushalt mit zwei Kindern über 1300 Franken monatlich. Dazu kommt der Einkommensverlust auf Grund der eingeschränkten Erwerbsmöglichkeiten. Die in der Studie der Berner Fachhochschule (BFH) aufgezeigten Ungleichheiten beim verfügbaren Einkommen zwischen Familien und kinderlosen Haushalten sind beeindruckend. Das auf die Person gerechnete verfügbare Einkommen[[1]](#footnote-2) ist bei einer fünfköpfigen Familie nur halb so gross wie beim Haushalt ohne Kinder. Die Unterschiede zu den kinderlosen Paarhaushalten sind im unteren Mittelstand über die letzten Jahre tendenziell sogar gestiegen. Entlastung durch familienpolitische Massnahmen brauchen neben Einelternfamilien vor allem bescheiden verdienende Familien mit zwei und mehr Kindern.

**Höhere Familienzulagen sind ein wirksames Instrument**

Die Simulation der BFH zeigt: Eine Erhöhung der Familienzulagen auf 350 bzw. 500 Franken bedeutet für Familien mit kleinen und mittleren Einkommen eine bedeutsame Veränderung des Einkommens und verkleinert die Ungleichheit zu den Haushalten ohne Kinder spürbar. Das verfügbare Einkommen kann um durchschnittlich über 3000 Franken jährlich gesteigert werden oder auf die Person gerechnet um über 1500 Franken. Besonders Familien mit zwei oder mehr Kindern werden entlastet. Höhere Zulagen sind keine Giesskanne: Wer mehr verdient muss von den Zulagen einen höheren Anteil versteuern, wer wenig verdient, dem kommen die Zulagen voll zugute. Um die Wirksamkeit von Familienzulagen beurteilen zu können, müssen sie mit möglichen familienpolitischen Alternativen verglichen werden. Fazit: Auch hier schneiden sie gut ab.

**Steuerabzüge mit unsinnige Effekten**

Die SVP schlägt bei Eigenbetreuung der Kinder Steuerabzüge auf dem steuerbaren Einkommen vor. Steuerabzüge bringen den gutverdienenden Familien am meisten. Bevorzugt würden insbesondere jene Familien, die es sich leisten können, mit nur einem Einkommen zu leben. Je mehr eine Familie verdient, desto mehr rechnet sich wegen der entgangenen Progression ein Steuerabzug. Es wird tendenziell von arm zu reich umverteilt. Steuerabzüge funktionieren nach dem Prinzip „wer hat, dem wird gegeben“. Zudem setzen Steuerabzüge bei Eigenbetreuung der Kinder falsche Anreize, denn zukünftig wird die Schweizer Wirtschaft vermehrt auf erwerbstätige Mütter angewiesen sein. Die Anreize der Initiative bewirken hingegen das Gegenteil. Der Bundesrat wollte im Rahmen der Armutsstrategie Ergänzungsleistungen für Familien einführen. Diese sind ebenfalls eine zielgerichtete Form der Familienunterstützung. Sie sind zurzeit jedoch auf schweizerischer Ebene nicht mehrheitsfähig. Man befürchtete im Parlament ebenfalls negative Erwerbsanreize. Zuerst muss deshalb die Praxis in den Kantonen zeigen, dass sie funktioniert.

**Höhere Zulagen sind eine notwendige Investition**

Familienzulagen schneiden bezüglich Erwerbsanreizen und der Umverteilung von reich zu arm deutlich besser ab, als die von der SVP propagierten Steuerabzüge. Kinder- und Ausbildungszulagen sind somit das geeignete und effizienteste Instrument, um die finanzielle Belastung der Familien auszugleichen. Sie unterstützen sowohl bescheiden Verdienende wie auch den Mittelstand. Will die Schweiz ein familienfreundliches Klima schaffen, so tut eine Erhöhung der Familienzulagen not. Sie ist natürlich nicht gratis zu haben. Eine Erhöhung auf 350 Franken für Kinderzulagen und 500 Franken für Ausbildungszulagen kostet rund 3.5 Mrd. Schweizer Franken. Vergleicht man die Schweiz mit den übrigen OECD-Ländern, so gibt man hierzulande mit 1.3 Prozent des BIP nur sehr wenig für Familien aus. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 2.23 Prozent des BIP. Würden die familienpolitischen Investitionen der Schweiz nur schon auf OECD-Niveau angehoben, könnten 4.5 Mrd. Franken investiert werden. Damit wären die höheren Zulagen gut finanzierbar.

**Mit dem Geld der SVP-Initiative ist ein erster Schritt bei Familienzulagen möglich**

Mit Blick auf die Kosten der SVP- Initiative von 1.4 Mrd. Franken zeigt sich aus der Studie der BFH: Mit dem gleichen Geld können die Familienzulagen um durchschnittlich rund 60 Franken erhöht werden. Die Studie der BFH zeigt, dass damit für Familien mit bescheidenen Einkommen bereits eine spürbare Entlastung erreicht wird. Ausgestaltet werden kann eine solche Erhöhung linear oder indem die Kinderzulagen um 50 Franken und die Ausbildungszulagen um 100 Franken erhöht werden. Das Geld ist damit weit besser eingesetzt als mit einer unsinnigen „Herdprämie“. Familienpolitisch muss deshalb als erste Zielsetzung eine moderate Erhöhung der Familienzulagen in diesem Ausmass verfolgt werden.

**Steuerabzüge ablehnen, Familienzulagen schrittweise erhöhen**

Der erste Schritt zu einer zeitgemässen Familienpolitik besteht in der Ablehnung der rückwärtsgewandten SVP-Initiative. Sie ist ungerecht, erreicht die Zielgruppen einer zeitgemässen Familienpolitik nicht und setzt gesellschaftspolitisch und volkswirtschaftlich unsinnige Anreize. Danach muss als notwendiger Zwischenschritt die parl. Initiative 13.424, die eine Erhöhung der Mindestansätze der Familienzulagen um 60 Franken fordert, unterstützt werden. Mittelfristig ist jedoch eine deutliche Anhebung der Mindestansätze auf 350.-/500.- für eine echte Familienpolitik in der Schweiz unumgänglich. Würde die Schweiz mit dem OECD-Durchschnitt gleichziehen, so blieben trotz höheren Familienzulagen genügend Mittel, um weitere familienpolitisch wichtige Anliegen zu finanzieren. Als eines der weltweit reichsten Länder kann und muss sich die Schweiz eine zeitgemässe Familienpolitik leisten. Auch Nichtstun kostet: Der künftige Preis ist eine tiefe Kinderzahl und/oder eine tiefe Erwerbsbeteiligung. Beides kostet unsere Gesellschaft weit mehr als eine zeitgemässe Familienpolitik.

1. „verfügbares Aequivalenzeinkommen“ [↑](#footnote-ref-2)